

Protokoll des Arbeitstreffens

"Zur Situation von Lesben und Schwulen mit Behinderungen"

am 6. November 1998

1. Begrüßung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten Ulrich Bachmann und Silvia Eftekhari-Fard vom Referat für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen die Anwesenden und stellten die BeraterInnen des Referates, Eunice Martins und Klaus Stehling, vor. Sie dankten besonders den VertreterInnen der Behindertenverbände sowie Frau Angelika Gallen vom Referat für die Eingliederung körperlich, geistig und seelisch Behinderter im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung für ihre Teilnahme. Weiterhin bedankten sie sich bei Frau Klemms vom Landesverband der Gehörlosen dafür, dass sie sich erneut ehrenamtlich als Gebärdendolmetscherin zur Verfügung gestellt hat, sowie bei Frau Puschke, Herrn Hardt und Herrn Hengelein für ihre Bereitschaft, in die Thematik einzuführen.

Herr Bachmann betonte, dass diese Veranstaltung ein Arbeitstreffen sei. Das Referat habe es bewusst vermieden, Vorgaben zu formulieren, um das Treffen möglichst ergebnisoffen zu gestalten.

2. Einführungsbeiträge

2.1 Martina Puschke

(Hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Kassel):

Zur Situation lesbischer Frauen mit Behinderungen

Das Referat, ein Thesenpapier und eine von Frau Puschke zusammengestellte Literaturliste sind dem Protokoll als Anlagen beigefügt.

2.2 Arno Hardt

(Freunde der Freakshow, Weilmünster):

Zur Situation schwuler Männer mit Behinderung

Arno Hardt verlas zunächst einen Text von Daniel Schneider mit dem Titel "Neu-gierig", der dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, und fuhr wie folgt fort:

Zunächst sei es unumgänglich, weiterhin auf die Forderung nach Barrierefreiheit für Orte der schwulen Subkultur zu verweisen, die leider noch immer nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt hätte.

Die Situation als Schwuler mit Behinderung sei grundsätzlich durch das Phänomen des doppelten Coming-Out geprägt: Man erlebe die Ausgrenzung als Schwuler in den Behindertengruppen, während man umgekehrt in der Schwulenszene als Behinderter ausgegrenzt werde. Menschen mit Behinderungen werde Sexualität generell abgesprochen. Noch größer seien die Vorbehalte gegenüber Homosexualität, was sich besonders in Betreuungsverhältnissen negativ auswirke. So bestehe beispielsweise gegenüber

Assistenzpersonen immer die Befürchtung: Bleibt meine Begleitung in der selben Qualität erhalten, wenn ich mich oute?

Die Ausführungen von Martina Puschke zur Situation von Lesben mit Behinderungen seien auch auf die Situation von Schwulen mit Behinderungen übertragbar. Darüber hinaus sei es von größter Wichtigkeit, das Bewusstsein und die Sensibilität für die Probleme dieser Personengruppe in der Szene zu schärfen und Ausgrenzung zu beseitigen. Beispielsweise dürften in schwulen Medien, in Diskussionen, Ausstellungsprojekten etc. Menschen mit Behinderungen nicht länger ignoriert werden. Ein großes Problem sei, dass schwule Männer mit Behinderungen nicht dem Diktat des gängigen Schönheitsideals entsprächen und deshalb übergangen würden.

Herr Hardt beendete seinen Beitrag mit einem zweiten Text von Daniel Schneider "Ausgeliefert", der dem Protokoll ebenfalls als Anlage beigefügt ist.

2.3 Hans Hengelein (Schwulenreferent des Landes Niedersachsen):

Hans Hengelein informierte zunächst darüber, dass die Initialzündung für die Debatte über die Situation von Lesben und Schwulen mit Behinderungen aus den Niederlanden kam, wo 1992 ein europäisches Treffen stattgefunden hatte. Konstatieren lasse sich insbesondere, dass in der Bundesrepublik Deutschland - im Unterschied zu anderen europäischen Staaten wie etwa den Niederlanden oder Großbritannien - das Thema Lesben und Schwule mit Behinderungen noch kaum ins Bewusstsein vorgedrungen sei. Zudem sei in der Bundesrepublik Deutschland die Ausgrenzung und Ausgliederung von Menschen mit Behinderungen sehr viel größer, was u.a. auch darauf zurückzuführen sei, dass in Deutschland die Förderung von Behinderten durch die Schaffung von Sondereinrichtungen im Vordergrund stand und nicht deren Integration.

Man müsse sich in Deutschland die Frage stellen, warum man bei integrativen Einrichtungen häufig über das Stadium von Modellprojekten nicht hinauskomme. Ein tieferliegender Grund für die gesamte Form der Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen sei sicherlich die Kontinuität der Entscheidungsträger über das Jahr 1945 hinaus, deren Nachwirkungen bis heute spürbar seien.

Hengelein fährt dann mit einigen persönlichen Ergänzungen zu bereits angeschnittenen Aspekten fort:

Zum Thema "Assistenzen" müsse klar gesagt werden, dass die Probleme struktureller Gewalt, die (zwangsläufiger) Bestandteil eines solchen Betreuungsverhältnisses seien, auch als solche angesprochen werden müssten, um mit den daraus entstehenden Problemen vorurteilsfrei umgehen zu können.

Seine persönlichen Erfahrungen bezüglich der angesprochenen Schwierigkeiten, ein Engagement in der Behindertenbewegung mit dem in der Schwulenbewegung zu verbinden, erstreckten sich über einen Zeitraum von ungefähr zehn Jahren. 1984 habe er sich schließlich für die Schwulenbewegung entschieden, weil eine wirkliche Verbindung zwischen den beiden Bewegungen nicht realisierbar gewesen sei. Hans Hengelein fuhr mit Auszügen

aus seinem Text "Die Vorführung schöner Formen für Gebrechliche" (erschieden in Magnus, Jg. 1992) fort, um diesen Entwicklungsprozess zu verdeutlichen.

Grundsätzlich könne die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen nicht primär als staatliche Angelegenheit verstanden werden. Eine notwendige Bewusstseinsveränderung müsse tiefer gehen. So sei beispielsweise schon die allgemein verbreitete Annahme falsch, dass Behinderte nur Sex mit anderen Behinderten hätten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung über bewusstseinsbildende bzw. -verändernde Maßnahmen solle vielmehr eine Differenzierung zwischen staatlichen und autonomen Aufgaben stehen. Die Emanzipationsarbeit von Lesben und Schwulen mit Behinderungen könnte beispielsweise eine Bestandsaufnahme zur Situation, zu verschiedenen Projekten und Aktionen sowie eine geschlechtsspezifische Auseinandersetzung mit der Subkultur und ein selbstbewusstes Auftreten auf Bundesebene beinhalten.

Dringend der Revision bedürftig sind die Curricula der Pflegeausbildungen. Alterssexualität komme darin höchstens am Rande vor, Homosexualität schon gar nicht. Angesichts dieses Missstandes seien auch Fortbildungen dringend notwendig.

Hengelein beanstandete abschließend die Tatsache, dass keiner der vorhandenen gay guides die Rollstuhlzugänglichkeit anzeige. Barrierefreiheit sollte jedenfalls im Bereich der staatlich geförderten Subkultur Standard werden; dies gelte z.B. auch für die Einrichtungen der AIDS-Hilfen. Hengelein hielt es für sinnvoll, an die Herausgeber von "Subkulturführern" heranzutreten mit der Bitte, bei weiteren Auflagen auf Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen hinzuweisen.

3. Diskussion

Martin Krüger (Gehörlose Lesben und Schwule Frankfurt/Main e.V.) skizzierte die spezifische Situation von gehörlosen Lesben und Schwulen (s. Anlage), indem er zunächst auf die Unterschiede in der Lebenssituation von Gehörlosen in Deutschland und in den USA einging. In den USA gehöre es zum Standard, dass in Discos, Hotels etc. eine Übersetzung in die Gebärdensprache angeboten werde. Diese Einrichtungen und Betriebe seien deutlich sichtbar mit einem speziellen Symbol (Ohr) gekennzeichnet.

Durch schwerwiegende Kommunikationsschwierigkeiten im Alltag sei die Lebensqualität gehörloser Menschen stark beeinträchtigt. Immer wieder komme es zu Missverständnissen; der daraus resultierende Vertrauensverlust habe oft soziale Ausgrenzung und Vereinsamung zur Folge. Alltagsprobleme tauchten in einer Vielzahl von Bereichen auf:

Bei Arzt- und Behördenbesuchen könnten Missverständnisse schwere Folgen nach sich ziehen.

Schwierigkeiten am Arbeitsplatz führten häufig zum Jobverlust. Schon bei der Arbeitsplatzsuche, auf dem Arbeitsamt und bei Vorstellungsgesprächen ergäben sich weitreichende Probleme. Schwule Gehörlose litten am Arbeitsplatz unter doppelter Diskriminierung.

Große Schwierigkeiten ergäben sich auch bei der Wohnungssuche: So enthielten z.B. Wohnungsanzeigen meist nur Telefonnummern. Ein besonderer Mieterschutz sei notwendig, da die Erfahrung zeige, dass Gehörlose besonders schnell ihre Wohnung verlieren.

Notwendig seien besonders qualifizierte SozialarbeiterInnen zur Unterstützung Gehörloser in Krisensituationen. Bei Arbeitslosigkeit oder Gewalttaten stünde meist keine adäquate Hilfe bereit. In sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern sei die Einstellung von GebärdendolmetscherInnen unabdingbar. Ein zentraler Punkt sei die amtliche Anerkennung der Gebärdensprache.

DolmetscherInnen hätten oft persönliche Probleme mit Schwulen und Lesben, was sich negativ auf die Lebensqualität der Betroffenen auswirke. Generell bestehe gegenüber DolmetscherInnen ein nicht geringes Misstrauen, da man nicht immer von einem sensiblen Umgang mit der sexuellen Orientierung der KlientInnen ausgehen könne. Die Gefahr eines unerwünschten Outings sei immer gegeben. Notwendig sei deshalb gerade für Lesben und Schwule die Möglichkeit einer freien DolmetscherInnenwahl.

Da die Gehörlosengruppen ebenso wie ihre Veranstaltungen in der Regel sehr klein seien, sei die Möglichkeit, DolmetscherInnen zu finanzieren, nur selten gegeben; ehrenamtliches Dolmetschen sei aber nicht immer möglich, was die Arbeit der Gruppen zusätzlich erschwere. Bei lesbisch-schwulen Großveranstaltungen sollten DolmetscherInnen auf der Bühne Standard sein. Bei kleineren Veranstaltungen sollte in der Vorbereitung die Möglichkeit eruiert werden, bei Bedarf DolmetscherInnen zu organisieren. Ein Positivbeispiel seien in diesem Zusammenhang die Gay-Games in Amsterdam gewesen, an der 200 DolmetscherInnen und MitbetreuerInnen teilgenommen hätten. In der Regel gerieten Gehörlose aber in Vergessenheit, Unterstützung müsse eigentlich immer selbst organisiert werden. Sogar in der Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen würden Gehörlose häufig ignoriert.

In der weiteren Diskussion (im folgenden werden nur längere Beiträge namentlich gekennzeichnet) wurde zunächst die Frage der Qualifikation der Assistenzen erörtert: Für die Hilfskräfte der ambulanten Dienste, die sehr unterschiedlich und nur zum geringeren Teil in Fachverbänden organisiert seien, existierten keine einheitlichen Ausbildungsstandards, was eine (politische) Einflussnahme erschwere. Es sei sinnvoll, mit den größten Pflege- und AssistenzanbieterInnen Kontakt aufzunehmen, um sie zu sensibilisieren. Gerade in ländlichen Regionen komme der Caritas und der Diakonie eine besondere Stellung zu, da dort ein ArbeitnehmerInnenmodell, in dem eine Anleitung durch die behinderte Person selbst erfolge, kaum realisierbar sei. Generell müsse in diesem Bereich viel mehr Wert auf eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden, denn nur so könne eine Sensibilisierung auf breiter Grundlage gelingen.

Auf Rückfrage wurde bestätigt, dass in Hessen keine Beratungsstelle nach dem Prinzip des peer-counseling existiere. Die Schaffung einer solchen Stelle sei bislang aus Finanzierungsgründen schwierig gewesen.

Zur Frage der Identitätsfindung als lesbische Frau/schwuler Mann mit Behinderungen wurde darauf hingewiesen, dass es keine Großmütter-/Großväter-Generation gebe. Die nationalsozialistische Verfolgung wirke so bis heute nach. Ferner sei eine Trennung zwischen der Identität als Frau oder Mann mit Behinderungen und als Lesbe oder Schwuler weder möglich noch gewünscht.

Die Haltung der Behindertenverbände wurde als ignorant kritisiert. Oft bestehe dort die Befürchtung, dass die Befassung mit einem solchen Thema negative Auswirkungen auf die

öffentliche Finanzierung nach sich ziehe. Darüber hinaus sei es unumgänglich, dass die Behindertenverbände zunächst einmal generell Sexualität von Behinderten zum Thema machen müssten, bevor sie sich mit Homosexualität befassten. Diesbezüglich gebe es nur sehr wenige positive Ausnahmen.

Dr. Georg Maraun (Landesarbeitsgemeinschaft Hessen "Hilfe für Behinderte" e.V.) führte hierzu aus, dass Behindertenverbände in ihrer Arbeit zunächst die Behinderung herausstellten. Es sei aber nicht auszuschließen, dass eine bewusste oder unbewusste Unterdrückung des Themas Homosexualität stattfinde. In der LAG der Behindertenverbände würden Lesben und Schwule bislang jedenfalls faktisch keine Rolle spielen. Dr. Maraun sagte zu, auf der nächsten Jahreshauptversammlung im März 1999 über das Arbeitstreffen zu berichten und auf eine Beachtung dieser Thematik zu drängen.

In der Heimpflege fände seiner Erfahrung nach das Thema Homosexualität keinerlei Berücksichtigung. Hier handele es sich aber nicht um eine Frage der Finanzierung, das Problem sei vielmehr die mangelnde Offenheit vieler Heimleitungen. Sexualität sei bis vor einigen Jahren auch hier ein generelles Tabu gewesen, das erst heute aufgebrochen werde. So bestünde jetzt in der Regel die Möglichkeit, dass Paare im Heim zusammenleben können.

Bei der in Hessen anstehenden Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) müsse intensiv darauf hingewirkt werden, dass Lesben und Schwule Berücksichtigung finden. Die Gebärdensprache komme im Entwurf des ADG zwar vor, aber nicht in ausreichender Weise. Man müsse sich der Tatsache bewusst sein, dass hier eine große Zahl qualifizierter Arbeitsplätze im Bereich der sozialen Dienstleistungen geschaffen werden könne; wie immer liege das Hauptproblem aber in der Finanzierung.

Auf Bundesebene sei man, wie die Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnisgrünen in diesem Bereich belege, noch nie so weit gewesen wie heute.

Hans Hengelein merkte an, dass eine Fokussierung allein auf ein ADG nicht sinnvoll sei; es gehe vielmehr um die Frage einer anderen Kultur im Umgang mit behinderten Menschen. Als Beispiel nannte er die Situation integrativer Schulen. Die Auflagen für die Einführung integrativer Ansätze seien so hoch, dass Schulen von einem solchen Vorhaben in der Regel schnell wieder Abstand nähmen. Andererseits sei eine Abschiebung in Behindertenschulen, -universitäten etc. zwar kostengünstig, aber problematisch.

Bemerkenswert sei auch die Tatsache, dass die Antidiskriminierungs-Auflagen für die Wirtschaft in den USA deutlich höher seien als in der Bundesrepublik. Hierzulande arbeite man dagegen mit einem System der steuerlichen Kompensation von Diskriminierung, was den Behinderten in der Regel keine Vorteile bringe.

Manfred Keitel (Schwule Behinderte/behinderte Schwule SBBS, Mainz) wies auf die Notwendigkeit niedrigschwelliger Angebote hin. Nur durch solche Angebote sei es möglich, mehr Menschen einzubinden und eine größere Öffentlichkeit herzustellen. Daneben seien Plakataktionen, Fotoausstellungen usw. wichtig, um eine Präsenz des Themas herzustellen.

Martina Puschke wies darauf hin, dass eine Koordinierungsstelle auf Bundes- wie auf Landesebene notwendig sei, um bestehende Initiativen und Ansätze besser

bekanntzumachen und zu verknüpfen. Bestehende Koordinierungs- und Beratungsstellen dokumentierten ihre Tätigkeit nicht nach außen, um die Finanzierung ihrer Stellen nicht zu gefährden.

Hans Hengelein erklärte, dass eine intensive Zusammenarbeit der verschiedenen PartnerInnen notwendig sei. So müsste z.B. in Hessen das Behindertenreferat im Sozialministerium die Zusammenarbeit mit dem Referat für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Familienministerium suchen. Geld, das im Behindertenbereich vorhanden sei, müsse auch für Lesben und Schwule mit Behinderungen verwendet werden. Darüber hinaus müsse das Thema auf die Tagesordnung der bundesweiten Treffen der Behinderten- sowie der Lesben- und Schwulenbeauftragten.

Nach der darauffolgenden Pause strukturierte Silvia Eftekhari-Fard die Forderungen vom Vormittag und konkretisierte die einzelnen Punkte noch einmal. Dabei kam es zu folgenden Ergebnissen:

Hans Hengelein kündigte an, im Rahmen des Bundestreffens der Schwulen- und LesbenreferentInnen der Länder am 30.11. und 1.12.1998 anzuregen, ein gemeinsames Schreiben an die Behindertenbeauftragten der Länder zu formulieren. Frau Gallen erklärte sich bereit, die Problematik in ihrem Hause anzusprechen. Ulrich Bachmann regte an, ein ähnliches Schreiben auch an die neue Bundesministerin und an den/die zu ernennende/n Bundesbeauftragte/n zu senden.

Herr Bachmann wird bezüglich der Curricula der Alten- und Krankenpflegeausbildung mit den zuständigen Referaten im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und im eigenen Haus Kontakt aufnehmen.

Frau Puschke sagte zu, ein Konzept für eine Koordinierungsstelle zu erarbeiten.

Für den Bereich der ambulanten Pflege wurde empfohlen, zunächst Kontakt mit den AnbieterInnen aufzunehmen, die bereits Erfahrungen mit Lesben und Schwulen gesammelt haben, wie z.B. die AIDS-Pflegedienste. Frau Gallen wies darauf hin, dass seitens des Hess. Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung bereits eine Zusammenarbeit mit verschiedenen TrägerInnen, u.a. mit der LAG der Freien ambulanten familienentlastenden Dienste, stattfinde, und bot hier eine Zusammenarbeit an.

Für den Bereich Selbsthilfegruppen wurde auf das KISS in Kassel (als Informationsstelle über die Zusammenhänge im Bereich der Behindertenverbände) hingewiesen.

Abschließend dankten Ulrich Bachmann und Silvia Eftekhari-Fard allen Anwesenden für ihre Teilnahme am Arbeitstreffen und insbesondere Frau Klemms für ihre Übersetzungstätigkeit. Sie kündigten an, das Protokoll der Veranstaltung, die heute verteilten Materialien sowie die diesbezügliche Pressemitteilung des Ministeriums an alle hessischen Lesben- und Schwulengruppen sowie an alle eingeladenen Institutionen und Behindertenverbände zu verschicken und darüber hinaus im Internet (www.muejfg.hessen.de unter dem Link des Fachbereichs "Familie") zu veröffentlichen.

Wiesbaden, im Dezember 1998

gez. Eunice Martins und Klaus Stehling